

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P, XXII/199

Bad Godesberg, den 17. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Gemeinsamer Nenner für langfristige Politik

48

Zur Tagung des Generalrats der Sozialistischen Internationale

Von Eberhard Dingels

2

Mitteldeutscher Alltag

44

Moderne Bauweise setzt sich durch

Von Franz Weber, Cottbus

3 - 4

Der Fall Rajakovic

72

Versager des Polizeiapparates

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLEIEDERUNG bringt heute:

Für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes einsetzen
Nur demokratische Lösungen der deutschen Fragen
Sich vom Wunschdenken freifachen
Hunderttausende warten in den Ostblockstaaten
Auf Verständnis für die deutschen Fragen gestoßen
Landsmannschaft Schlesien ehrt Paul Lötze
Dank für niedersächsische Initiative

* * *

Gemeinsamer Nenner für langfristige Politik

Zur Tagung des Generalrats der Sozialistischen Internationale

Von Eberhard Dingels

Eine Woche lang war Zürich Treffpunkt von Sozialdemokraten aus allen Teilen der Welt. Der Generalrat der Sozialistischen Internationale hielt dort seine Jahreskonferenz ab, auf der die wichtigen Fragen der europäischen und internationalen Politik erörtert wurden. Der deutsche Außenminister und SPD-Vorsitzende Willy Brandt hielt vor Delegierten aus über 40 Ländern ein viel beachtetes Referat zur internationalen Lage. Hierbei verwies er besonders auf den Beitrag der sozialdemokratischen Parteien zur Sicherung des Friedens und zur Überwindung von Hunger und Not. Zur Debatte aber standen nicht nur die Probleme der internationalen Politik, sondern auch die Frage des europäischen Zusammenschlusses und das für alle Parteien so wichtige Thema der Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Jugend. Zum letzteren Thema sprach der Vorsitzende der SPÖ und frühere österreichische Außenminister Dr. Bruno Kreisky.

Einer der führenden asiatischen Sozialdemokraten, Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew, forderte die Sozialdemokraten in aller Welt auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die neu gewonnene Freiheit der Völker in Asien und Afrika nicht durch totalitäre Angriffe von außen unterminiert und zerstört werde.

Die Sozialistische Internationale, die nach dem Zweiten Weltkrieg 1951 in Frankfurt wiederbegründet wurde, hat in den vergangenen 16 Jahren ihren Aktionsradius immer weiter spannen können. Heute gehören ihr nicht nur die großen sozialdemokratischen Parteien Europas an; auch junge demokratisch-sozialistische Bewegungen in Asien, in Afrika und in Lateinamerika sind zu ihr gestoßen. So nimmt es nicht wunder, daß die Sorgen und Probleme der Dritten Welt bei den Beratungen in Zürich einen großen Raum einnahmen. In zahlreichen Ausschuß-Sitzungen wurden Einzelfragen einzelner Parteien und Länder erörtert.

Der Generalrat hat neue Parteien in den Verband der Sozialistischen Internationale aufgenommen, darunter die Radikale Partei Chiles und die Demokratische Aktionspartei in Malaysia. Beide Parteien spielen in ihren Ländern eine wichtige politische Rolle.

Sehr nachdrücklich äußerten sich die Delegierten zu den Problemen des Konfliktes in Vietnam, der Lage in Griechenland, der europäischen Zusammenarbeit und der Abrüstung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung verurteilte der Generalrat die Maßnahmen der derzeitigen militärischen Machthaber in Griechenland. - Gleichzeitig aber wandte er sich scharf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der kommunistischen Regierungen gegen Schriftsteller und Wissenschaftler in der Sowjetunion und Osteuropa. - In der Vietnamfrage richtete der Generalrat einen dringenden Appell an alle am Konflikt Beteiligten, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.

Die Sitzung des Generalrats in Zürich hat erneut bewiesen, daß es trotz aller Unterschiede in der politischen Meinung zu Tagesfragen für sozialdemokratische Parteien möglich ist, einen gemeinsamen Nenner für ihre langfristige Politik zu finden.

Mitteldeutscher Alltag

Moderne Bauweise setzt sich durch

Von Franz Weber, Ostberlin

In der DDR gehört der "Zuckerbäckerstil" der Stalin-Ära der Vergangenheit an. Moderne Zweckbauten westlichen Zuschnitts setzen sich durch. Der Bau von Wohnungen, aber auch Schulen, Fabriken und Kinderheimen auf industrieller Grundlage ist im Vormarsch.

Nach einer Analyse des wissenschaftlichen Direktors im Institut für Städtebau und Architektur der deutschen Bauakademie in Ostberlin, Professor Hermann Henselmann, wurden schon 1965 rund 89 Prozent aller neuer Wohnungen industriell gefertigt. Der Anteil der Großtafelbauweise betrug dabei 23,7 Prozent. Nach den Angaben von Henselmann konnte die Arbeitsproduktivität aufgrund dieser industriellen Vorfertigung verdreifacht und die Bauzeit wesentlich verkürzt werden. Die Planperspektiven gehen jetzt davon aus, den sogenannten Maßprozeß im Neubau durch die fabrikmäßige Elementbauweise voll ablösen zu lassen. Die Großelemente sollen austauschbar sein. Man will sich verstärkt der Instandhaltungsfähigkeit derartiger vorgefertigter Baukörper zuwenden. Das Problem der Reparatur in Neubauhäusern mit allen ihren technischen Einrichtungen bereitet offenbar auch in der DDR noch erhebliche Sorgen.

Kein Zweifel, in Mitteldeutschland müssen in stärkerem Umfang als in der Bundesrepublik alte enge Stadtkerne aufgebrochen werden. Die nachwachsende Generation aus den neuen Industriebetrieben verlangt moderne Wohnungen. Die SED fördert darüber hinaus, daß diese neuen Wohnquartiere dem "gesellschaftlichen Bewußtsein" entsprechen. Das bringt für die Architekten manchen Schwierigkeiten mit sich.

So ist das von Henselmann geleitete Institut für Städtebau z. Z. damit beschäftigt, "die Entwicklung der Städte und Dörfer und der verschiedenen Gebiete der DDR für den Prognosezeitraum bis 1980 zu durchdenken" und "Entscheidungsmaterialien in mehreren Varianten auszuarbeiten". Man läßt offenbar gegenwärtig noch in Mitteldeutschland nach konservativen städtebaulichen Plahvorstellungen, aber schon mit moderner Industrieproduktion Gebäude errichten. Künftig aber sollen die Prinzipien angewendet werden, die Henselmann entwickeln läßt. In Mitteldeutschland wird gegenwärtig eine soziologische Enquete durchgeführt. Man untersucht die Verhaltensweisen der Bewohner in ihren Wohnungen und in den Wohnungen von morgen.

Ein wesentlicher Aspekt beschäftigt sich mit den neuen Stadtzentren. Henselmann erkennt offen an, daß seit 1950 in der DDR "ein unverhältnismäßig hoher Teil an landwirtschaftlicher Nutzfläche verbaut worden" ist. Es läuft jetzt darauf hinaus, möglichst keine Trabantenstädte mehr, jedenfalls am Rande der großen Städte zu bauen. Man will ab 1980 die unterversiedelten Gebiete in den Stadtzentren mit neuen Wohnbezirken ausstatten, damit die kommunalen Einrichtungen und die Verkehrswege besser genutzt werden können.

Der Fall Rajaković

Versagen des Polizeisapparates

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Nach wie vor beschäftigen sich jugoslawische Ministerien, Dienststellen und Presseorgane mit der Zusammenstellung eines Terminkalenders, der zumindest die Schuld an der Flucht des von den Niederlanden gesuchten ehemaligen SS-Hauptsturmführers Dr. Erich Rajaković klären könnte.

Nach Aussagen von Simon Wiesenthal in Wien wurde die Tatsache, daß sich der Mann, dem der Tod von über 100 000 niederländischen Juden zur Last gelegt wird, zum zweitenmal auf Urlaub in der jugoslawisch-istriischen Hafenstadt Piran befände, aus italienischen Kreisen bekannt. Noch am 30. September, immerhin schon 15 Tage nach der Ankunft der Familie Rajaković in Piran, wurden sowohl jugoslawische als auch niederländische Organe mit diesem Tatbestand bekanntgemacht. Aber erst am 1. Oktober um 19.30 Uhr benachrichtigte die niederländische Botschaft in Belgrad das jugoslawische Innenministerium (SUP) von der Anwesenheit Rajakovićs in Jugoslawien.

Nach eigenen Angaben will das Belgrader Innenministerium sofort den Einzug des Passes von Rajaković sowie eine Überwachung aller Grenzübergänge angeordnet haben, denn es lagen Informationen vor, demzufolge er bereits für 22 Uhr desselben Abends seine Abreise plane, aber nach Angaben des slowenischen Innenministers Slavko Furlan wurden Ljubljana und die Polizeiwache in Piran erst um 21 Uhr benachrichtigt - mit anderen Worten: Nachdem bereits 39 Stunden seit der Benachrichtigung jugoslawischer und niederländischer Dienststellen vergangen waren, ließ das Belgrader Innenministerium abermals kostbare eineinhalb Stunden verstreichen und trat erst eine Stunde vor der vermuteten Abreise Rajakovićs in Aktion. Tatsächlich befand sich Rajaković am 1. Oktober gegen 22 Uhr, als der stellvertretende Polizeikommandeur von Piran in Begleitung eines Polizisten endlich im Haus Nr. 5 an der Piraner "Straße der Freiheit" auftauchten, auch nicht in der Pension der Zimmervermieterin Marijana Kopitar, die trotz vieler früherer Veröffentlichungen über Rajaković in der jugoslawischen Presse nichts über ihren Gast von vergangenen Jahre und vom 15. September bis 2. Oktober d.J. gewißt haben will (was man ihr als wahrscheinlich unpolitischer Frau gerne abnehmen mag). Aber Rajaković kam zurück: Gegen die Versicherung, er werde seinen Paß am kommenden Tag zurückerhalten, wurde dieser ihm gegen Mitternacht auf den

2. Oktober abgenommen. Man stellte, obgleich ihm das Verlassen Pirans untersagt worden war, immerhin noch eine Wache vor die Haustür.

In dieser Zeit, wahrscheinlich aber erst gegen 9 Uhr am anderen Morgen, muß Rajaković das Haus verlassen haben, aber der jugoslawische Apparat kam erst jetzt so richtig in Schwung. Um 10.30 Uhr, also ein- einhalb Stunden nach dem wahrscheinlichen Fluchttermin Rajakovićs, fragte das slowenische Innenministerium in Belgrad an, was man nun weiter unternehmen wolle, aber erst um 14.45 Uhr wurde Antwort erteilt: Man möge sich gedulden, doch da sich Rajaković höchstwahrscheinlich gegen den § 493 des jugoslawischen Strafgesetzbuches vergangen habe, möge man ihn schärfer überwachen. Die Komödie erreichte ihre Pointe - über sieben Stunden nach der Flucht des belasteten Mannes setzte ihm der Polizeikommandant noch eine zusätzliche Wache ins Haus. Erst um 16.30 Uhr überreichte die niederländische Botschaft dem Belgrader Innenministerium eine ausführliche Note mit einem Auslieferungsbegehren, aber der Kommandant der Polizei von Piran fand nur noch Frau Giuliana Rajaković, eine gebürtige Slowenin, und die neun Monate alte Tochter vor.

Unter dem Druck der Fragen der Weltöffentlichkeit, aber auch einer Anzahl von Protesten aus den eigenen Reihen ist nun in Jugoslawien eine lebhaftere Diskussion darüber im Gange, in deren Verlauf bisher schon fast jeder jedem die Verantwortung zuzuschreiben versucht hat - das Bundesinnenministerium in Belgrad der Polizeistation von Piran, das slowenische Landesinnenministerium wiederum Belgrad. Auch die Presse beteiligt sich an diesem Spiel und streitet sich über die Frage, ob sich Jugoslawien als einst heftigster Befürworter der Verlängerung der Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen nun politisch diskreditiert habe oder nicht.

In Wahrheit scheint es für die Flucht Rajakovićs, sehen wir von seiner eigenen Geschicklichkeit und eventuellen Helfershelfern ab, drei Gründe zu geben: Erstens die bekannte Wurstigkeit aller balkanischen Polizeibehörden, wenn es einmal um etwas Wichtiges geht, zweitens die Dezentralisierung des Apparates der Staatspolizei, der im vergangenen Jahr aus politischen Gründen in viele Stücke zerschlagen wurde, die nun noch nicht recht miteinander korrespondieren können, und drittens die Furcht vor unrechtmäßigen Verhaftungen, denn in Jugoslawien befindet sich auch das Strafrecht in Reform, und keiner möchte nun den Eindruck erwecken, ausgerechnet zu jenen zu gehören, deren Praktiken von der Partei offiziell verurteilt worden sind.